

## Reformpläne für die Ingenieurausbildung in Frankreich

Deutschland ist nicht das einzige Land, das sich mit Hochschulnöten zu befassen hat. Oft genug stößt man in der französischen Presse auf ähnliche Probleme: Reform des Schulwesens und insbesondere der Hochschul-Ausbildung, des Prüfungswesens, der Nachwuchsförderung und anderes mehr. Gegenwärtig beschäftigt die Öffentlichkeit der Plan einer Neuorganisation der sogenannten *Grandes Ecoles*, die etwa unsern Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen entsprechen. Frankreich, so heißt es, müsse sich darauf einrichten, ab 1970 jährlich 12 000 Ingenieure auszubilden. Es sei bedenklich, daß heute rund 40 % der leitenden Männer in der Industrie Auto-didakten sind.

Diese Feststellungen trifft eine mit Reformplänen der *Grandes Ecoles* beauftragte Studienkommission, die seit Februar 1961 an der Arbeit ist und der Regierung jetzt ein umfangreiches Gutachten vorgelegt hat. Darin wird die ungenügende, abstrakte und lebensfremde Ausbildung kritisiert, die die Höhere Schule den jungen Menschen mitgibt; aber auch manches an dem für Frankreich typischen System, der zwischen Schule und Hochschule eingeschalteten „Vorbereitungsklassen“ von durchschnittlich zweijähriger Dauer und endlich die Aufnahmeprüfungen, die *concours*. Der Ausbildungsgang sei viel zu kompliziert und müsse energisch vereinfacht werden. Gegenwärtig bieten sich dem Abiturienten, der Ingenieur werden will, nicht weniger als 14 Ausbildungsmöglichkeiten an! Außerdem seien die Stundenpläne unvernünftig überladen; es gibt Schüler, die bis zu 80 Wochenstunden arbeiten, davon 34 in der Schule!

Das Büffeln für die Aufnahmeprüfungen stehe ernster, persönlicher Arbeit im Wege, es fördere Strebertum und lasse keine kameradschaftliche Gruppenarbeit aufkommen. Mit dem Hinweis auf außerfranzösische Erfahrungen wird empfohlen, auf die Aufnahmeprüfungen überhaupt zu verzichten, über deren problematischen Charakter schon viel geschrieben worden ist. Man sollte für die „Vorbereitungsklassen“ eine gemeinsame Grundausbildung schaffen, für die eine Aufteilung in drei Typen völlig hinreichend sei. Auf keinen Fall dürfe die Ausbildungszeit um Jahre verlängert werden.

Was sodann die Hochschulen und Ingenieurschulen selbst betrifft, tritt das Gutachten ein für Freiheit der Professorenwahl und eine gewisse Selbständigkeit der Schulen gegenüber den naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten, von denen sie an sich abhängig sind. Die Verwaltungsgremien der *Grandes Ecoles* seien überaltert; es sei darauf hinzuwirken, daß die Hälfte der Mitglieder nicht über 45 Jahre alt seien. Das Gutachten wendet sich ferner gegen die ständige Vermehrung der Fächer. Man solle den werdenden Ingenieuren auf diese Weise eine möglichst vollständige Ausbildung mit auf den Weg geben. Aber dieses Ziel sei in sich illusorisch. Bei der rapiden Entwicklung der Technik sei es ja doch so, daß später die allermeisten Ingenieure mit neuen Methoden arbeiten müßten, die noch gar nicht existierten, als sie die Hochschule besuchten. Es wird ein aktiver Arbeitsunterricht in kleinen Gruppen von etwa 15 Studierenden empfohlen. Ihrer sollten sich die älteren Semester als Assistenten oder Tutoren annehmen.

Schließlich kommt das Gutachten auf die finanziellen Verhältnisse der Studierenden zu sprechen. Etwa 25 % <sup>der</sup> <sup>an</sup> <sup>den</sup> *Grandes Ecoles* Studierenden erhalten eine jährliche Beihilfe; sie beträgt durchschnittlich 1900 NF im Jahr. Dieser Betrag sei ungenügend; er sichere den jungen Menschen keine volle Bewegungsfreiheit; außerdem müßten die Studenten die Bedürftigkeit ihrer Familie nachweisen. Noch immer suchten 30 % durch Erteilung von Privatstunden zusätzlich zu verdienen. Das Gutachten empfiehlt, den Studierenden ohne Nachweis der Bedürftigkeit Beihilfen zu gewähren. Es stellt sich auf den Standpunkt, daß die jungen Menschen, die die Fähigkeit zum Hochschulstudium besitzen, in diesem Studium die Erfüllung einer nationalen Pflicht sehen sollten. Dieser Pflicht entspreche auf seiten des Staates als Gegenleistung eine finanzielle Beihilfe. Der Staat solle sie in Form langfristiger, zinsloser Darlehen gewähren. (*Le Monde*, Wochenausgabe 795.)